

# Die Beteiligung

der (evangelischen)

# Kirche

am Konflikt um „Wyl“

100

Die Debatte um den Weiterbetrieb der verbleibenden Atommeiler angesichts der Energiekrise des Winters 2022/23 zeigte, dass es bei der Atomfrage in Deutschland um mehr geht als um produzierte Kilowattstunden oder Strahlungswerte und andere Risikofaktoren.<sup>1</sup> Beide Seiten des Debattenspektrums sind sich vermutlich der Schwächen ihrer Argumentationsführung bewusst. Die Befürworter wissen, dass der Anteil des atomaren Schwellenbetriebs an der gesamten Stromproduktion marginal ist und sich einsparen bzw. kompensieren ließe. Die Gegner des Weiterbetriebes sind sich auch bewusst, dass das Wiederhochfahren von Kohlekraftwerken mit einem immensen CO<sub>2</sub>-Ausstoß einhergeht und sich die meisten internationalen Ökoparteien in der Frage ‚Kohle oder Atom?‘ anders positionieren würden.



# CHRISTEN GEGEN ATOMKRAFTWERKE

## W i d e r

die schändlichen Lügenmüler in Bonn, Hannover und anderswo, die Lakaien und Vorprediger des großen Geldes, und deren schwachbrüstigen, frommen Nachbeter auf Bischofstühlen und oberlandeskirchlichen Ratssitzen, die da nichts anderes zu reden und zu säuseln wissen als von der unbedingten Notwendigkeit der zerstörerischen Atomkraftwerke, der Vertrauenswürdigkeit aller verlogenen, objektiven Wissenschaftler, der sündigen Bereitschaft zum Risiko von Menschenleben, der Unaufhaltsamkeit des wirtschaftlichen Überschwungs und gleichzeitig den Massen Angst machen mit den gespenstischen Wirklichkeiten Arbeitslosigkeit, Energiemangel und Krieg!

## A u f r u f

zum rechten, frischen christlichen Glauben daran, daß nichts anderes unbedingt nötig ist zum Leben und zum Sterben, denn Gottes Gnade allein!

Aus ihr fließt, daß wir niemandem rückhaltlos vertrauen, indem wir uns selbst für unzuständig erklären und entmündigen, sondern jedermann auf seine Worte und seinen Glauben prüfen, ob er von Gott her redet oder vom Teufel.

Aus ihr fließt, daß wir Menschenopfer erkennen als das, was sie sind: nicht Ausdruck eines seligen und Glück bringenden Mutes zum Risiko, sondern schlimmster Irrglaube, von dem beseelt sich jede Unmenschlichkeit und Barbarei rechtfertigen lassen.

Aus ihr fließt, daß wir die Wirtschaft und ihre Ordnung nicht als heilige Kuh betrachten, die von allen gläubig verehrt und gemästet sein will, und um deren Wohlergehen und beständiges Wachstum wir uns mit Auf-erbietung aller unserer Kräfte, unserer Gesundheit, unserer Menschenwürde bis zur grenzenlosen Vernichtung aller natürlichen Lebensquellen zu sorgen haben, andernfalls ihr Zorn angeblich über uns zusammenschlagen wird, sondern sie verstehen als Dienerin unseres Lebens.

## W i r   b e k e n n e n

daß in jedem Grashalm und jedem Blatt mehr heilbringende Energietechnologie steckt als in dem perfektesten schnellen Brüter, und daß die Menschen zahlreich werden können und zu essen finden, wenn andere sie nicht hindern.

Wir bekennen, daß wir niemandem glauben, denn unserem Herrn, und uns in seinem Namen und Auftrag für verantwortlich halten für alles, was bei uns geschieht.

Wir bekennen, daß es nur einen Geist gibt, der uns zur menschlichen Gesellschaft führen kann. Er kommt nicht aus dem Geld und seiner Vermehrung.

Er kommt allein aus dem Vertrauen auf die Allmacht Gottes in seinem Sohn. Amen.

**Versammlung am 7. Juli 1979, Beginn 10.00 Uhr  
Tituskirche, Hannover - Vahrenheide, Weimarer Allee 60**

Diese Gemengelage ist meiner Meinung nach typisch für die Debatten, die in Deutschland um die Atomkraft geführt wurden und – überraschenderweise – wieder geführt werden. Da ist eine vermeintlich objektive Argumentationsführung mit ‚Energiebedarf‘ und ‚Risikofaktoren‘, die überlagert wird von Emotionalität und diffusen Äußerungen, dass ein Weiterbetrieb ‚unbedingt notwendig sei‘ bzw. ‚sich irgendwie falsch anfühle‘.

**Somit ist ein breites Spektrum der Meinungen zum Thema Atomkraft zu verzeichnen. Der von weiten Teilen der Gesellschaft getragene Ausstiegskonsens nach Fukushima ist brüchig geworden. Darin ähneln die Debattenumstände der Auseinandersetzung um das geplante Kernkraftwerk Wyhl den heutigen. Auch in der Kernzeit des ‚Wyhlkonfliktes‘ (1974–1976) waren beide Positionen gleichwertig im Diskurs präsent. Der Zeitraum in der Mitte der 1970er Jahre war nicht mehr geprägt durch die Atombegeisterung der 1950er und 1960er Jahre.<sup>2</sup> Jedoch gab es noch keine deutschlandweiten Proteste wie in Gorleben (1979) und schließlich die Ablehnung durch die Mehrzahl der Bevölkerung nach dem Unglück von Tschernobyl (1986). Eine weitere Parallele: Ähnlich wie die ‚Ölpreiskrise‘ (1973) mit den autofreien Sonntagen drängt auch heute die Notwendigkeit, sich im Energiesektor von autokratischen Regimen zu lösen, die Option Atomkraft nach vorne.**

Der Schwerpunkt dieses Beitrages liegt darauf, die Debattenbeteiligung der Kirchen in der Auseinandersetzung um das KKW Wyhl zu beleuchten. Hierfür wird zunächst die Struktur (evangelisch-)kirchlicher Beteiligung in der Atomkraftdebatte skizziert, um die Spezifika hervorzuheben. Zur Verdeutlichung wird anschließend ein Fallbeispiel einer solchen Beteiligung im Konfliktfall skizziert. Ein Fazit schließt den Beitrag.

## **Strukturen kirchlichen Protestes**

**Der Beitrag beleuchtet die kirchliche Debattenbeteiligung um ‚Wyhl‘ aus einer evangelisch-christlichen Perspektive. Diese Vorbemerkung ist wichtig, da es Kennzeichen des Protestantismus ist, dass der Fokus nicht**

**auf der Institution Kirche liegt, sondern auf dem kommunikativen Zusammenspiel aller mit dem Protestantismus assoziierten Akteure.<sup>3</sup> Dies zeigt sich in der Hierarchie der evangelischen Kirche. Aus der Mitte von hauptamtlich eingestellten und ehrenamtlich engagierten Personen werden ausgehend von der untersten Ebene (Kirchgemeinde/Parochie) Mandatare in die nächsthöhere Ebene gewählt (Bottom-Up-Prinzip). Trotz dieser Unterschiede zu anderen ‚Kirchen‘, wie bspw. der römisch-katholischen, lassen sich doch genügend gemeinsame Grundlinien eines kirchlichen Protestes hervorheben.**

Diese Grundlinien wurden bereits in verschiedenen Veröffentlichungen nachgezeichnet. Kernthese der prägenden zeitgeschichtlichen Monografie zum Thema ist,

„dass der Konflikt um die Atomenergie in Deutschland kulturell und religiös codiert war und dass die Kirche aus ihrer weltanschaulichen und sozialetischen Tradition heraus Anknüpfungspunkte an die diskursiven Strategien der Atomkraftgegner bot.“<sup>4</sup>

Die religiöse Codierung zeigt sich bspw. in der apokalyptisch anmutenden Sprache, die durch Atomkraftgegner gern in die Debatten eingebracht wurde. Auch ist bspw. in der kirchlichen Rede von der Bewahrung der Schöpfung ein Grundanliegen der Umweltbewegung religiös codiert zum Ausdruck gebracht. Ein weiteres Spezifikum der Kirche war, dass sie sich im Konflikt politisch engagierte, jedoch gegenüber der Politik den strukturellen Vorteil hatte, aufgrund ihrer Unabhängigkeit von Wählerinteressen „ökologische Maklerdienste“ wahrzunehmen.<sup>5</sup> Diese Rolle als Kommunikatoren und Multiplikatoren von Umweltthemen machten die protestantischen Akteure schnell zu Partizipanten der sog. ‚Neuen Sozialen Bewegungen‘<sup>6</sup>, und sie konnten umgekehrt deren Anliegen in das konservativ kirchliche Milieu hinein vermitteln. Was die kirchlichen Gruppen als oberste Priorität festsetzten, war das Primat der Gewaltfreiheit in den Protestformen.<sup>7</sup> Ein weiteres Merkmal war die Möglichkeit der Kirchen, dem Protest Raum zu geben. Dieses Raumgeben bezieht sich einerseits wörtlich auf die zahlreichen Gemeindehäuser und andere kirchliche Räumlichkeiten,

in denen sich die Teilnehmer der Proteste für Planungen etc. treffen konnten, andererseits wurden durch die partizipative Struktur der evangelischen Kirche auch Diskussionsräume eröffnet.

Die Partizipation am gesellschaftlichen Diskurs, der Schutz der Umwelt, das Bereitstellen von Räumen sowie der Primat der Gewaltfreiheit können als Merkmale des kirchlichen Protests gegen Atomkraftwerke genannt werden. Die Aneignung von und die Sympathie für die Anliegen der breiten Anti-AKW-Bewegung ist offensichtlich. Dennoch boten sich protestantische Akteure aktiv als Vermittler zwischen den Fronten an. Dieser Spagat konnte dann gelingen, wenn zwar einerseits die eigene Position in der Sache nicht verleugnet wurde, aber andererseits das Ziel einer Übereinkunft der verschiedenen Parteien debattenleitend sein sollte. Diese ‚kirchliche‘ Vermittlung sollte die Debatte auch nicht abkürzen, sondern einer konfliktiven Aushandlung eines gesellschaftlichen Konsenses Raum geben. Weil aus christlicher Sicht die letztgültige Bewertung von weltlichen Konfliktfällen in die ‚Zuständigkeit‘ Gottes fällt, konnte auch in der Atomkraftdebatte eine Ausgewogenheit der Argumente oder deren Inkommensurabilität ausgehalten werden.<sup>8</sup> Das Eingeständnis, dass keine der Parteien die besseren Argumente hat, wird in Debatten wohl viel zu selten gemacht. Diese besondere Vermittlungsleistung wird als letztes strukturelles Merkmal markiert und kann als Anwaltschaftliche Vermittlung bezeichnet werden.<sup>9</sup>

■ Evangelische Pfarrer im Konfliktfall Wyhl

**Das Schlaglicht dieses Beitrages wird zeitlich auf die ‚aktionistische Phase‘ und akteurszentriert auf den Weisweiler Pfarrer Günter Richter und weitere ‚Ortspfarrer‘ in der Nähe des KKW-Bauplatzes geworfen. Diese lokale Nähe zum Projekt ist deswegen von Bedeutung, weil sie bei den Betroffenen eine andere Emotionalität hervorrief als bei allgemeinen Gegnern der Atomkraft.**

„Neben den potentiellen Folgen einer atomaren Havarie, welche eine deutlich größere Fläche betroffen hätte, hatten die Nachbargemeinden Wyhls weitreichendere Bedenken gegen das Projekt,

die konkret nur die unmittelbaren Anrainer betrafen. Darunter fiel Angst vor der Verbauung der Natur und vor den ‚Nebenfolgen‘ eines Kraftwerks für Landwirtschaft, Fischerei und Weinbau beispielsweise durch den ausgestoßenen Dampf und die Abwärme des Kraftwerks.“<sup>10</sup>

Diese Emotionen – etwa die Angst vor dem Verlust der Heimat – konnten in die Vermittlungsstrategien der Pfarrer integriert und als valide Argumente in den ansonsten stark technokratisch geführten Diskurs mit aufgenommen werden.<sup>11</sup> Andererseits bestand die Aufgabe auch darin, die Emotionen der Atomkraftgegner aufzunehmen und durch Angebote von Sinndeutung und Seelsorge im besten Fall abklingen zu lassen.

Eine Schlüsselszene für das intensivere Engagement der Pfarrer waren die polizeilichen Maßnahmen angesichts der Bauplatzbesetzung in der Nacht vom 19. auf den 20. Februar 1975. Demonstrierende hatten das Baugelände des Kernkraftwerks ohne Anwendung von Gewalt besetzt und diese – de iure illegale – Besetzung wurde von der Polizei unter dem Einsatz von Wasserwerfern aufgelöst. Dieser als überzogen wahrgenommene Einsatz gegen ‚friedliche‘ Demonstrierende bestärkte den Weisweiler Pfarrer Richter in seiner Haltung:

„Ich bin mit einer Zahnarzt-Tochter nach Hause gefahren, weil die so nass war. Bevor die sich erkältet – es war ja Februar – bring ich sie zum Wäschetausch zu meiner Frau. Man fragt sich ja, wie es sich damals eine Landesregierung leisten konnte, die Leute so zu behandeln.“<sup>12</sup>

Antriebsfeder für kirchlichen Protest gegen das Projekt war im Fall Günter Richters weniger eine rationale Gefahrenbeurteilung eines Kernkraftwerkes, sondern die emotionale Reaktion des Mitgefühls mit der Demonstrantin. Die Emotion Mitgefühl wird in der evangelischen Ethik oft als Ursache für das Gute Handeln bestimmt und biblisch mit dem Gleichnis vom barmherzigen Samariter (Lukas 10, 25–37) begründet.<sup>13</sup> Die Parteinahme für Schwächere kehrt in verschiedenen Aussagen von beteiligten kirchlichen Personen in den Konflikten um die Atomkraft wieder.

**Dieses grundsätzlich überzeugende Narrativ ist jedoch in zweifacher Hinsicht zu hinterfragen. Zum einen entwickeln die vermeintlich ‚Schwächeren‘ durch die Protestformen eine neue Form der Eigenwirksamkeit gegenüber dem vorherrschenden System. Eine zu deutlich betonte ‚Beschützerrolle‘ der Kirchen widerstrebt den emanzipativen Zielen der Bewegung. Zum anderen werden als Gewährsmänner für den Schutz der Schwächeren bspw. der Theologe Dietrich Bonhoeffer oder Martin Luther King bemüht. Auch wenn die Argumentation der beiden aufgenommen werden kann, so muss doch die Unterschiedlichkeit der Situation betont werden. Der Konflikt um ein Kernkraftwerk in der Bundesrepublik Deutschland Mitte der 1970er ist nicht mit der Situation der Bekennenden Kirche im NS-Staat Mitte der 1930er zu vergleichen.**

Als ein weiteres Distinktionsmerkmal der kirchlichen Beteiligung kann eine vermeintliche religiöse Legitimation des Protests bestimmt werden. Selbstverständlich waren Pfarrer als Staatsbürger Teil der Protestbewegung und doch konnten und sollten sie sich auch als kirchliche Amtspersonen politisch äußern.<sup>14</sup> Allerdings mussten hier wieder die beiden Größen ‚Anwaltschaft‘ und ‚Vermittlung‘ abgewogen zur Geltung kommen. Während der Platzbesetzung wurde Pfarrer Richter gebeten, zum Zeichen der Unterstützung die Kirchenglocken läuten zu lassen. Dies unterließ er aber mit der Begründung, er wolle zwar einerseits mit den Demonstrierenden solidarisch sein und auch seine eigene Position in der Frage demonstrieren. Andererseits sollte die ‚Kirche‘ eben nicht für eine politische Position instrumentalisiert werden und diese dann ‚religiös‘ legitimieren.

Aus diesem Grund verzichteten die Pfarrer des Kaiserstuhls im Rahmen von Protestaktionen auf das Tragen von Talaren – der schwarzen Amtskleidung evangelischer Pfarrer. Bei den Demonstrationen gegen ‚Brokdorf‘ führte dies zu Missverständnissen und Kritik aus der Kirchenleitung. Denn es ist ja gerade die Funktion der Amtskleidung, einer Handlung einer mit höherer institutioneller Macht ausgestatteten Person den Segen zu erteilen. Diese religiöse Legitimation einer politischen Position war die Grenzlinie, die beim kirchlichen Protest um ‚Wyhl‘ nicht überschritten wurde.

**02 – Postkarte: Andacht der WAA-Gegner**



Die evangelischen Kirchen standen beim Protest gegen die Atomkraft Mitte der 1970er sicher nicht an der vordersten Front, zumal es sich dabei nicht um ein Kernanliegen des christlichen Glaubens handelte. Doch christliche Kernanliegen wie das der Bewahrung der Schöpfung oder das der Versöhnung der Menschen untereinander und mit Gott waren Antriebsfedern für die Beteiligung an den Protesten. Nicht an der vordersten Front, sondern durch die Beteiligung in der zweiten Reihe konnten die Kirchen eine andere Form der Wirksamkeit erzielen. Auf der organisatorischen Ebene gelang dies durch die Bereitstellung von Räumen, Expertenwissen<sup>15</sup> und die Vernetzung innerhalb der Bewegung. Zudem waren Pfarrer und weitere kirchlich engagierte Personen Multiplikatoren der Anliegen der Protestierenden in andere Milieus hinein. Das Drängen auf Versöhnung fand durch die oben skizzierte ‚anwaltschaftliche Vermittlung‘ ihren Ausdruck. Neben dem allgemeinen Aufruf zu Gewaltfreiheit und Dialogbereitschaft fand diese Vermittlung im Fall ‚Wyl‘ in der ‚Offenburger Vereinbarung‘ ihren Ausdruck, die durch ein Gespräch des Fraktionsvorsitzenden der CDU, Lothar Späth, mit Pfarrer Günter Richter initiiert wurde.<sup>16</sup>

**Doch das meines Erachtens entscheidende Spezifikum der ‚kirchlichen‘ Beteiligung an den Protesten gegen ‚Wyl‘ ist, dass in Situationen der Unabgeschlossenheit der Deutungshorizont über das vermeintliche Faktische hinaus geöffnet wurde. Dies betrifft strukturell das Eingeständnis, dass allein das bloße Führen eines Lebens mit dem Verbrauch von Energie, Ernährung etc. immer auf Kosten anderer geht. Irgendwo muss Strom produziert und müssen Nahrungsmittel erzeugt werden. Es ist ein redlicher Ansatz, die Nebenfolgen für Umwelt und die zukünftigen Generationen möglichst gering zu halten, ein völliges Nullsummenspiel ist allerdings kaum möglich. Dieses Eingeständnis kann mit dem theologischen Begriff der unvermeidlichen Schuld gefasst werden. Die Erkenntnis, dass die eigene (politische) Position mit Mängeln behaftet und nur eine von mehreren mangelbehafteten Positionen ist, kann alle Partizipanten einer Diskussion vor Überlegenheitsfixiertem Moralismus schützen.**

Dieser Vorbehalt weltlicher Positionen im Hinblick auf die Unendlichkeit sollte Prüfstein für politische Debattenbeiträge sein; und zwar unabhängig davon, ob sie von religiöser oder säkularer Warte aus geäußert wurden. Denn: Die große Pointe an ‚Wyl‘ ist ja, dass der Bau des Kernkraftwerkes nicht wegen eindeutiger technischer Gutachten gegen das Projekt eingestellt wurde und auch nicht wegen einer Gerichtsentscheidung. Letztendlich war es die Erkenntnis der Regierung um Lothar Späth, dass ein als ‚alternativlos‘ kommunizierter und durch Politik-von-oben durchzusetzender Kraftwerkbau gegenüber der Bevölkerung nicht haltbar war. Späths Vorgänger Hans Filbinger prophezeite noch, ohne ‚Wyl‘ würden im ‚Ländle‘ die Lichter ausgehen. Doch solche ‚absoluten Gewissheiten‘ wurden hinterfragt und gerieten ins Wanken. Dies hatte seine Ursache in einem neuen Politikverständnis, das in zahlreichen Demonstrationen und Aktionen gegen das Kraftwerk seinen Ausdruck fand. Inwieweit und aus welchen Gründen kirchliche Akteure diesen Protest begleiteten, zeigte dieser Beitrag auf.

## Anmerkungen

- 1  
NB: Dieser Beitrag nimmt Überlegungen der Dissertation Schedel, Religiöse Sprache und Atomkraft, 2021 für den Begleitband der Ausstellung auf. Gute Lesbarkeit und eine fundierte Erstinformation zum Thema stehen im Mittelpunkt. Für eine tiefergehende Betrachtung des Themas vgl. die o.g. Studie sowie die angegebene Literatur.
- 2  
Schedel, Tim: Religiöse Sprache und Atomkraft-Strategien des Protestantismus zur anwaltschaftlichen Vermittlung in gesellschaftlichen Konfliktfeldern, Tübingen: Mohr Siebeck 2021 (Religion in der Bundesrepublik Deutschland; 9), S. 34f.
- 3  
Albrecht, Christian / Anselm, Reiner: Öffentlicher Protestantismus. Zur aktuellen Debatte um gesellschaftliche Präsenz und politische Aufgaben des evangelischen Christentums, Zürich: Theologischer Verlag Zürich 2017, S. 19–22.
- 4  
Schüring, Michael: Bekennen gegen den Atomstaat – Die evangelischen Kirchen der Bundesrepublik Deutschland und die Konflikte um die Atomenergie 1970–1990, Göttingen: Wallstein 2015, S. 8.
- 5  
Kroll, Thomas: Protestantismus und Kernenergie, in: Erhardt, Hendrik u.a. (Hg.): Energie in der modernen Gesellschaft – Zeithistorische Perspektiven, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 2012, S. 108.
- 6  
Unter den ‚Neuen Sozialen Bewegungen‘ werden neben der Anti-AKW-Bewegung bspw. auch die Emanzipations-, die Anti-Apartheid- und viele andere Bewegungen subsumiert. Grundlage sind die gesellschaftlichen Bestrebungen nach mehr Demokratie und Teilhabe, die – historisch vereinfachend – ihren Anfang im Jahr 1968 nahmen.
- 7  
Schramm, Luise: Evangelische Kirche und Anti-AKW-Bewegung – Das Beispiel der Hamburger Initiative kirchlicher Mitarbeiter und Gewaltfreie Aktion im Konflikt um das AKW Brokdorf 1976–1981, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 2018.
- 8  
Argumente sind dann inkommensurabel, wenn sie aufgrund ihrer Unterschiedlichkeit nicht gleichwertig gegeneinander aufgewogen werden können. Im konkreten Fall bspw. ‚Versorgungssicherheit‘ versus ‚psychische Angst/Bedenken gegen ein AKW‘.
- 9  
Schedel, Religiöse Sprache, S. 107f.
- 10  
Schiedel: Religiöse Sprache, S. 75f.

## Abbildungen

- 11  
NB: Bei einem technokratischen Diskurs entscheiden rein objektive und technische Argumente eine politische Entscheidung. Natürlich haben gerade die Debatten um Kernkraftwerke diese Art der politischen Entscheidungsfindung stark hinterfragt und im Endeffekt auch als illusorisch erwiesen. Siehe auch oben Fußnote 8.
- 12  
Schedel, Tim: Zeitzeugeninterview mit Pfarrer Günter Richter; Schedel: Religiöse Sprache, S. 78f.
- 13  
Fischer, Johannes / Gruden, Stefan / Imhof, Esther / Strub, Jean-Daniel: Grundkurs Ethik – Grundbegriffe philosophischer und theologischer Ethik, Stuttgart: Kohlhammer 2008, S. 48.
- 14  
Karle, Isolde: Herausforderungen politischer Predigt, in: Theologische Literaturzeitung, Bd. 142 (2017), Heft 10, S. 995–1006.
- 15  
Altner, Günter: Atomenergie – Herausforderung an die Kirchen – Texte, Kommentare, Analysen, Neunkirchen-Vluyn: Neunkirchener Verlag 1977.
- 16  
Schedel: Religiöse Sprache, S. 80f.
- 01:  
Plakat: Christen gegen Atomkraftwerke, Hannover: SOAK 1979  
WLB Stuttgart / BfZ: PSLD9/4023
- 02:  
Postkarte: Andacht der WAA-Gegner  
WLB Stuttgart / BfZ: Postkarten-Sammlung, Anti-AKW